

**Abg. Dr. Bieber** lehnte den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ab. Es hätten bereits in der jüngeren Vergangenheit Organisationsuntersuchungen durch die Gemeindeprüfungsanstalt mit Teils sehr guten Ergebnissen für das Kreisjugendamt statt gefunden. Eine weitere Untersuchung würde nur zu weiteren Kosten führen, die über die Kreisjugendamtsumlage gedeckt werden müssten.

**Abg. Deussen-Dopstadt** merkte an, dass eine Organisationsuntersuchung eher in anderen Bereichen der Kreisverwaltung sinnvoll sei als im Kreisjugendamt. Da der Haushalt des Kreisjugendamts ohnehin schon sehr eng aufgestellt sei, werde eine externe Organisationsuntersuchung kaum Einsparpotenzial aufzeigen können.

Nach Meinung des **Mitgl. Schöpf** sei der Anstieg der Kreisjugendamtsumlage auf die Schaffung von 19 neuen Stellen zurück zu führen. Sie sprach sich für eine interne Organisationsuntersuchung aus, die diesen Stellenbedarf nachweisen solle, und verlas dazu eine Protokollerklärung. Die Protokollerklärung ist der Niederschrift in **Anlage 7** beigefügt.

**Abg. Männig** stellte klar, dass die mit dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion angestrebte externe Organisationsuntersuchung nicht zwingend zur Folge haben müsse, dass Personal eingespart werden soll. Auch die Einstellung von Personal könne zu Kosteneinsparungen führen, wenn dadurch bessere Präventionsarbeit geleistet werden könne.

Die **Vorsitzende** betonte, dass nicht der Personalzuwachs, sondern hauptsächlich der u3 Ausbau und der dazu fehlende Ausgleich durch das Land NRW die Hauptfaktoren für den Anstieg der Jugendamtsumlage seien. **Dezernent Wagner** stimmte dem zu und ergänzte, dass der nicht vollständige Kostenausgleich durch das Land, zu dem es nach dem Konnexitätsausführungsgesetz verpflichtet sei, beim u3 Ausbau und dem freien Kindergartenjahr 1,2 Prozentpunkte Steigerung der Kreisjugendamtsumlage ausmache. Die höheren Personalkosten seien das Ergebnis von internen Stellenbemessungen sowie dem letzten Gutachten der Gemeindeprüfungsanstalt und auf die massiven Fallzahlensteigerungen der vergangenen Jahre zurück zu führen. Dazu kämen auch noch gesetzlich vorgegebenen Stellenzuwächse, z.B. durch das neue Amtsvormundschaftsgesetz. **Dezernent Wagner** sagte auf Bitten von **Mitgl. Schöpf** zu, einen Bericht zur Personalentwicklung der Niederschrift beizufügen (siehe **Anlage 8**).

Nach weiteren Wortmeldungen von **Abg. Dr. Bieber**, **Abg. Deussen-Dopstadt**, **Abg. Frohnhöfer** und dem **Mitgl. Königfeld** stimmte der Ausschuss über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion ab.